



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 04.02.2025 – Auszug aus Drucksache 19/4881 –

Frage Nummer 54 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Doris
Rauscher**
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung in einem Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 19/3466) aufgefordert wurde, zu prüfen, ob es nicht möglich sei, im Nachtragshaushalt 2025 ein Strukturfonds zur Sicherung der Jugendfreiwilligendienste in Bayern einzurichten, um die finanziellen Einbußen der Trägerorganisationen aufgrund der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium im Freistaat (und den damit einhergehenden fehlenden Abiturjahrgang 2025) zu kompensieren, frage ich die Staatsregierung, ist die Prüfung seitens des Staatsministeriums bereits abgeschlossen, falls ja, wird es eine Überbrückungshilfe für die Trägerorganisationen des FSJ (FSJ = Freiwilliges Soziales Jahr) geben (bitte auch um Angabe der Höhe und des Haushaltstitels), falls nein, wann ist mit dem Ergebnis der Prüfung zu rechnen?

Antwort des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Der Landtag hat die Staatsregierung mit Beschluss vom 13.11.2024 zur Prüfung aufgefordert, mit welchen Mitteln die Funktionsfähigkeit der Jugendfreiwilligendienste in Bayern gesichert werden kann. Dies soll dazu dienen, die finanziellen Einbußen der Trägerorganisationen aufgrund der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium im Freistaat und dem damit einhergehenden fehlenden Abiturjahrgang 2025 zu kompensieren.

Die Staatsregierung ist grundsätzlich bereit, die FSJ-Träger (FSJ = Freiwilliges Soziales Jahr) zu unterstützen, die Auswirkungen aufgrund des fehlenden regulären Abiturjahrgangs 2025 abzufedern, insbesondere einen dauerhaften Verlust von Freiwilligendienstplätzen auch für nachfolgende Jahrgänge zu verhindern und Entlassungen bei allen bayerischen Trägern zu vermeiden.

Zu diesem Thema gibt es seit längerem Gespräche zwischen der Staatsregierung und den FSJ-Trägern, um gemeinsam Möglichkeiten zur Unterstützung der FSJ-Träger in Bayern zu erarbeiten und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen. Diese Gespräche sind noch nicht abgeschlossen. Wann dies der Fall sein wird, kann derzeit noch nicht gesagt werden.